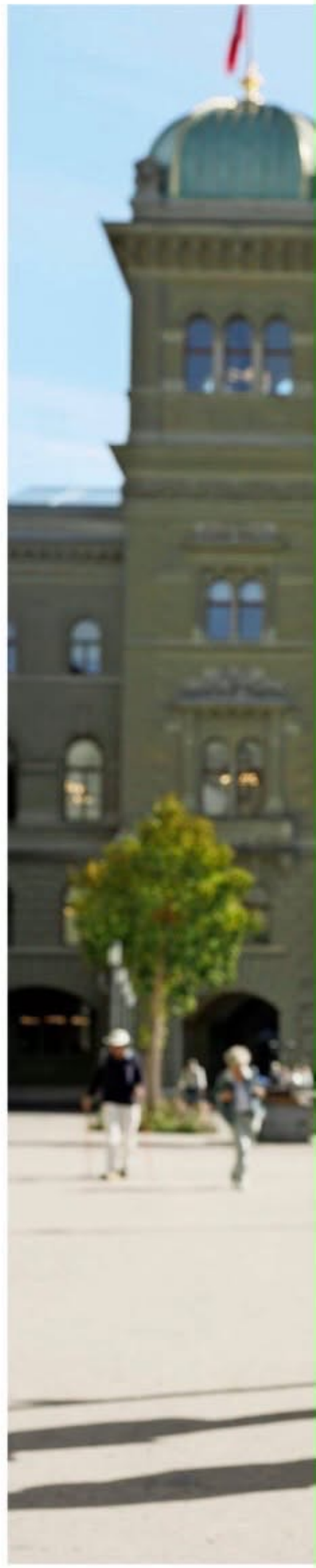
«Geschichte muss wieder ein eigenes Schulfach werden»

Angriffe von Autokraten, Bedeutungsverlust in der Schule, Streit um Archivzugang: Die Historikerin und SP-Nationalrätin Nadine Masshardt möchte der Geschichtswissenschaft wieder Auftrieb verschaffen.



Pascal Michel, Christoph Bernet

Die Geschichtswissenschaft steht unter Druck. In Deutschland will die AfD den Lehrplan «national umdeuten». Donald Trump will die Sklaverei aus den Museen tilgen. Und Wladimir Putin indoktriniert bereits Kinder mit Geschichtsklitterung. Was löst das bei Ihnen aus?
Nadine Masshardt: Es schockiert mich. Die Entwicklungen zeigen, dass es Widerstand braucht. Und sie zeigen, wie wichtig die historische, aber auch politische Bildung für die Demokratie ist. Trotzdem sollten wir differenzieren.

Inwiefern?
Trump beschädigt Institutionen wie Museen oder Archive, indem er ihnen die Gelder streicht und ihre Führung ihm genehmen Personen anvertraut. Eine solche Säuberung der Geschichtsvermittlung ist absolut inakzeptabel. Aber in Russland haben wir nochmals eine krass andere Situation. Dort ist keine unabhängige und kritische Forschung mehr möglich. Historikerinnen und Historiker riskieren Straflager, wenn sie es trotzdem versuchen.

Und im Nachbarland Deutschland?
Auch die AfD folgt dem typischen Programm von Autokraten: Sie will die Lehrpläne anpassen und auf die «deutsche Leitkultur» ausrichten. Ebenso will sie in Sachsen-Anhalt die Landeszentrale für politische Bildung streichen, also auch Exkursionen für Schulklassen an Nazi-Gedenkstätten. Das gibt mir sehr zu denken und ist ein Alarmzeichen.

Die AfD hat demokratische Wahlen in Bundesländern gewonnen. Ist es nicht legitim, dass sie ihre Vorstellung von Geschichtsunterricht einbringt?
Nein, denn die Leitplanken gibt die unabhängige Geschichtswissenschaft vor. An ihren Erkenntnissen sollten wir uns orientieren. Zudem ist es erwiesen, dass sich Schülerinnen und Schüler durch den Besuch einer Nazi-Gedenkstätte nochmals anders, empathischer, mit der Vergangenheit auseinandersetzen.

Wie beurteilen Sie die Situation in der Schweiz?
Hier ist zum Glück die Wissenschaftsfreiheit nicht gefährdet. Die Entwicklungen gehen aber nicht spurlos an uns vorbei. Ich denke da an Desinformationskampagnen zur Neutralitätsinitiative oder an die zunehmend verrohende Debattenkultur. Hier müssen wir aufpassen.

Von rechts kommt auch in der Schweiz immer wieder die Kritik: Lehrer, auch Geschichtslehrer, seien links und würden «woke» unterrichten. Zu Recht?
Nein. Lehrpersonen vertreten unterschiedliche Meinungen und Haltungen. Das ist kein Problem, solange sie professionell bleiben und sich an der Wissenschaft orientieren. Ich bin ja Co-Präsidentin der Parlamentarischen Gruppe Geschichte …

… zusammen mit SVP-Ständerat Jakob Stark.
Genau. Wir setzen uns dafür ein, die Rahmenbedingungen für die Geschichtswissenschaft und die historische Bildung zu verbessern. Dass wir von SVP und SP hier zusammenarbeiten, zeigt, dass unterschiedliche Haltungen gut nebeneinander Platz haben.

An den Schulen ist Ihr Fach unter Druck. Auf Sekundarstufe ist Geschichte heute nur noch Teil des Fachs «Räume, Zeiten, Gesellschaften» …
Ja. Ich bedaure das. Das Fach hat an Eigenständigkeit verloren. Es gibt bereits eine Studie, die zeigt, dass dies zu einem Verlust von Geschichtswissen geführt hat. Ich finde deshalb: Geschichte muss wieder ein eigenes Fach werden.

> «Der Nachrichtendienst des Bundes hat Passagen in den Mengele-Akten geschwärzt. Das grenzt an Zensur.»

Sie lobbyiert für Geschichte

Nadine Masshardt, 42, hat Geschichte studiert und ist SP-Nationalrätin für den Kanton Bern. Sie präsidiert zusammen mit dem Thurgauer Ständerat Jakob Stark (SVP) die Parlamentarische Gruppe Geschichte. Masshardt lebt mit ihrer Familie in Bern. *(mpa/cbe)*

Warum? Der aktuelle Ansatz, interdisziplinär zu unterrichten, ist doch überzeugend.
Wenn Geschichte wieder als eigenständiges Fach geführt würde, bekäme es wieder mehr Gewicht. Es geht eben nicht ums Auswendiglernen von Gründungslegenden und Jahreszahlen von Schlachten, sondern darum, die richtigen Fragen zu stellen, Quellen zu konsultieren und kritisch zu hinterfragen. Was oft vergessen geht: Ohne historisches Wissen können wir weder unsere Gegenwart verstehen, noch die Zukunft gestalten.

Auch die künstliche Intelligenz liefert bereits Kontext auf Knopfdruck.
Es bleibt entscheidend, die richtigen Fragen zu stellen. Das kann KI nicht. Sie kann uns vielleicht eine grobe Übersicht geben, aber handwerkliche Fähigkeiten wie kritisches Hinterfragen und Einordnung liefert sie nicht. Das sind Kenntnisse, die heute immer wichtiger werden, weil die Flut an Fake News zunimmt. Kommt hinzu: KI hat keine Empathie. Sie kann also das Verständnis der Vergangenheit – im Unterschied zum Geschichtsunterricht oder einer physischen Gedenkstätte – nur beschränkt fördern.

Die Jungen erreichen Sie mit diesen Argumenten kaum mehr. Die Zahl der Geschichtsstudierenden an den Universitäten ist rückläufig.
Das ist vielleicht eine Folge davon, dass Geschichte in der Schule nur noch am Rand auftaucht. Die Schülerinnen und Schüler haben weniger Berührungspunkte und wählen das Fach auch nicht mehr im Studium.

Sie machen es sich etwas einfach. Vielleicht realisieren die Studierenden vielmehr, dass andere Fächer bessere Aussichten versprechen. Historiker gibt es schon genug.
Die Jobchancen sind nicht schlecht. Wer Geschichte studiert, kann zum Beispiel in der Verwaltung, als Lehrer, in der Wissenschaft oder in den Medien arbeiten. Es ist eine Ausbildung zur Generalistin in kritischem Denken. Das ist in Zeiten von KI von grossem Wert, wie kürzlich auch das «Wall Street Journal» feststellte und zum Geschichtsstudium riet.

Sie setzen sich dafür ein, dass Historikerinnen und Historiker Zugang zu Archivquellen erhalten. So soll etwa die UBS das Archiv der übernommenen Credit Suisse öffnen. Warum?
Derzeit lehnt die Bank dies mit Verweis auf das Bankgeheimnis ab. Das ist problematisch, weil der Staat bei der Notfusion der Credit Suisse mithalf. Deshalb wäre es wünschenswert, dass die Wissenschaft dereinst in den Archiven der beiden Banken die Notfusion erforschen könnte.

Der Bundesrat ist skeptisch. Man könne bei privaten Firmen den Archivzugang nicht erzwingen. Zudem habe die Parlamentarische Untersuchungskommission (PUK) bereits die wichtigsten Fragen aufgearbeitet.
Der PUK-Bericht ist zwar umfangreich, aber auch sie hatte keinen Zugang zu den CS-Akten. Es geht auch nicht um einen Zwang, das CS-Archiv zu öffnen. Es soll vielmehr der Grundsatz gelten, dass ein Zugang möglich ist. Bei der Publikation der Ergebnisse können immer noch Geschäftsgeheimnisse oder Personendaten anonymisiert werden. Ich habe deshalb mit einem Postulat nachgeschoben.

Während Behörden Akten an Archive abliefern, müssen Firmen wichtige Dokumente nach Obligationenrecht grundsätzlich nur zehn Jahre aufbewahren. Danach können sie theoretisch alles schreddern. Braucht es hier strengere Regeln?
Aus Sicht der Wissenschaft würde ich sagen: ganz klar ja. Gleichzeitig lässt sich nicht alles mit politischen Vorgaben lösen. Es braucht auch die Einsicht der Firmen, dass sie selbst profitieren, wenn sie ihre Archive öffnen und Historikerinnen und Historiker die Firmengeschichte seriös aufarbeiten können.

Um Aktenzugang geht es auch beim Fall Mengele. Der Nachrichtendienst des Bundes (NDB) wollte ein Dossier über den Nazi-Kriegsverbrecher bis 2071 unter Verschluss halten. Können Sie das nachvollziehen?
Nein, ich finde das unverständlich. Zum Glück gab es einen Historiker, der sich dafür eingesetzt hat, weil er rausfinden wollte, ob Mengele nach dem Zweiten Weltkrieg in der Schweiz war und hätte gefasst werden können. Das Dossier liegt nun vor. Allerdings hat der NDB Passagen geschwärzt. Das grenzt an Zensur.

Sie übertreiben. Es wurden hauptsächlich einige wenige Personendaten, etwa von Bundesangestellten oder unbeteiligten Zeugen, geschwärzt. Der NDB sagt, das Gesetz verpflichte ihn dazu.
Gemäss dem Bundesgesetz über die Archivierung muss der Zugang zu den Originalakten möglich sein, also ohne Schwärzungen. Dieses Vorgehen darf deshalb nicht zur neuen Norm werden.

Worin liegt der Präzedenzfall in Ihren Augen?
Bisher durften Forschende freigegebene Akten wie das Mengele-Dossier vollständig anschauen. Sie nahmen dann eigenverantwortlich eine Anonymisierung vor. Dieses Prinzip hat der NDB nun umgekehrt.

Es gibt legitime Gründe dafür, gewisse Akten zu sperren oder zu schwärzen. Dossiers des Nachrichtendiensts können nicht



Nadine Masshardt setzt sich im Bundeshaus für die Interessen der Historikerinnen und Historiker ein. Bild: Severin Bigler

umsonst bis 80 Jahre gesperrt werden. Es geht um Staatsgeheimnisse.

Es ist immer eine Abwägung zwischen verschiedenen Interessen und der Forschungsfreiheit. Im Fall Mengele besteht ein starkes öffentliches Interesse. Zudem hat die Kommission Schweiz–Zweiter Weltkrieg dieses Dossier bereits vor mehr als 20 Jahren konsultiert. Es leuchtet nicht ein, dass es nun plötzlich geschwärzt veröffentlicht wurde. Es ist für die Quellenkritik zentral, dass Archivdokumente zugänglich und nachvollziehbar bleiben.

Viel über Geschichte wurde auch im Abstimmungskampf zur Neutralitätsinitiative gestritten. Hat Sie das überrascht?

Seit den Diskussionen über die Rolle der Schweiz im Zweiten Weltkrieg in den 1990er-Jahren habe ich nie mehr eine so intensive Debatte über die Geschichte unseres Landes beobachtet. Ich glaube, wir haben dabei Fortschritte erzielt. Mich hat gefreut, dass sich Historikerinnen und Historiker faktenbasiert über die Geschichte der Schweizer Neutralität eingebracht haben. Das hat dazu beigetragen, dass eine Mehrheit eben den Fakten und nicht dem Narrativ der Initianten gefolgt ist – auch wenn Christoph Blocher fleissig Friedrich Schillers «Wilhelm Tell» zitiert hat.



Abdul El-Sayeds Kampagne eckt bei moderaten Wählern an. Auch deshalb sieht Donald Trump Michigan als offene Flanke der Demokraten. Bild: Julia Demaree Nikhinson/AP

Ein Wahlduell wie zwischen Pest und Cholera

Abdul El-Sayed ist der einzige Demokrat, der einen sicher geglaubten Sitz an die Republikaner verlieren könnte – mit fatalen Folgen.

Simon Maurer

Der Demokrat Abdul El-Sayed könnte seine Partei einen Senatssitz kosten, den sie seit Jahrzehnten hält. Der Arzt und linke Hoffnungsträger polarisiert selbst in den eigenen Reihen. Dabei stehen die Chancen für die Demokraten bei den Midterms landesweit gut. Ausgerechnet in Michigan aber, wo die Republikaner seit rund 32 Jahren keine Senatswahl mehr gewonnen haben, zeichnet sich ein Kopf-an-Kopf-Rennen ab.

Grund dafür ist, dass die Demokraten mit der Nominierung von Abdul El-Sayed auf einen riskanten Kandidaten gesetzt haben. Der 41-jährige Arzt vertritt dezidiert linke Positionen, die viele Wechselwähler zu verschrecken scheinen.

So fordert er unter anderem die Abschaffung der Einwanderungsbehörde ICE, ein Ende der militärischen Hilfe für Israel und kostenlose medizinische Behandlungen für alle. Fast noch mehr Kritik zieht El-Sayed allerdings wegen seines Umfelds auf sich.

Wird er der erste muslimische Senator?

Der Demokrat mit ägyptischen Wurzeln trat im April und im August mit dem israelkritischen Influencer Hasan Piker auf, der schon mehrfach erklärte, die USA hätten die Anschläge vom 11. September 2001 «verdient». Nach einem Angriff auf eine Synagoge sorgte El-Sayed zudem mit der Aussage «Verletzte Menschen verletzen andere Menschen» für Empörung. Kritiker warfen ihm vor, die Tat damit zu relativieren.

Hinzu kommen Vorwürfe über angebliche Verbindungen zur extremistischen Muslimbruderschaft. So behauptete seine Halbschwester in einem alten Tweet, die gemeinsame Mutter habe sich in den Siebzigerjahren für die Organisation engagiert.

El-Sayed bestreitet zwar jegliche Verbindung zur Muslimbruderschaft und verweist darauf, dass er nach der Scheidung seiner Eltern bei seinem Vater und seiner Stiefmutter aufgewachsen sei und mit seiner leiblichen Mutter nie über die Organisation gesprochen habe. Aus Sicht seiner Kritiker tut er das allerdings zu wenig deutlich. Auch zu einer Distanzierung von Hasan Piker rang sich El-Sayed erst spät durch.

Entsprechend bestimmt das Thema mittlerweile den Wahlkampf massgeblich mit. Für Donald Trump und seinen handverlesenen Kandidaten in Michigan – den früheren FBI-Agenten Mike Rogers – sind die Vorwürfe ein gefundenes Fressen. Der US-Präsident schimpfte den Demokraten letztens als «Dschihadisten». Er nennt El-Sayed seit vergangener Woche auch nur noch «Mohamed El-Sayed», spricht ihn also mit dessen Zweitnamen an, womöglich um unterschwellig Ressentiments bei den Wählern zu bespielen. Dass das funktionieren kann, zeigen nicht nur die immer enger werdenden Umfragen. In den USA gab es nämlich noch nie einen Senator, der sich zum islamischen Glauben bekannte; El-Sayed wäre der erste.

Dass die republikanischen Angriffe auf den Demokraten verfangen, hat allerdings noch weitere Gründe. Schliesslich hinterliessen schon die Vorwahlen seiner Partei tiefe Gräben. El-Sayed setzte sich im August in einem erbitterten Duell knapp gegen die moderate Kongressabgeordnete Haley Stevens durch, die von einflussreichen Parteifreunden in Washington unterstützt wurde.

Die Kunst, den Gegner schlechtzureden

El-Sayed trägt aber auch selbst zur aufgeheizten Stimmung bei. Er kritisiert Rogers etwa wegen dessen Wahlkampfspenden und verspottet diesen öffentlich. Rogers wiederum stellt immer wieder El-Sayeds Glaubwürdigkeit infrage. Der frühere FBI-Agent bezeichnete seinen Gegner auch schon als «Betrüger» und erklärte, er erkenne einen «Hochstapler», wenn er einen sehe.

In einer TV-Debatte gerieten die beiden sogar über ihre Mütter aneinander, als Rogers behauptete, El-Sayeds Mutter habe Extremisten unterstützt. «Jetzt greifst du meine Mutter an», entgegnete El-Sayed.

Rogers hielt dagegen, seine eigene Mutter habe für eine örtliche Handelskammer gearbeitet. Auch Moderator Rick Albin kam kaum dazwischen. «Ich würde auch gerne an der Debatte teilnehmen», sagte er entnervt. Selbst während der Werbepause stritten die Kandidaten weiter. So etwas habe er in 30 Jahren als Debattenmoderator noch nie erlebt, erklärte Albin anschliessend.

So richtig glücklich scheinen weder die Demokraten noch die Republikaner mit ihrem Kandidaten zu sein. In Michigan ist bei Wählerbefragungen in diesem Jahr deshalb erstaunlich oft von einem Duell zwischen Pest und Cholera die Rede. Falls viele Wähler der Demokraten zu Hause bleiben, könnte davon ausgerechnet der unbeliebte Präsident Donald Trump profitieren. Denn wenn es knapp wird, könnte der Ausgang der Wahl in Michigan darüber entscheiden, wer die Kontrolle über den Senat gewinnt.

Kopf-an-Kopf-Rennen

Knapp zwei Wochen vor den Midterms liegen Abdul El-Sayed und Mike Rogers nahezu gleichauf. In der jüngsten Umfrage des Marist Institute kommt der Demokrat auf 50 Prozent, sein republikanischer Gegner auf 48 Prozent. Der Vorsprung von zwei Prozentpunkten liegt innerhalb der statistischen Fehlermarge von 4,3 Prozentpunkten, weshalb der Senatssitz als besonders umkämpft gilt.